

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Derwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Trotski, Macdonald und die Abrüstung.

Nach einem Moskauer Telegramm der „Prager Presse“ gab Trotski einem Berichterstatter der Hearst-Presse eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Die Arbeiterregierung in England ist ein wichtiges prinzipielles Experiment der Geschichte. Durch diese Regierung scheint sich für Britannien die letzte Möglichkeit einer neuen internationalen Orientierung ohne große revolutionäre Stürme zu eröffnen. Die Arbeiterpartei hat die ausnahmsweise Möglichkeit, England auf der Grundlage eines demokratischen Parlamentarismus radikal zu reorganisieren. Wenn die aufrichtige Durchführung radikaler Reformen auf den Widerstand der Nichtarbeiter-Parteien im Parlament stoßen würde, ist es sicher, daß die Reuepartei eine überwiegende Mehrheit für die Arbeiterpartei bringen würden. Trotski, obwohl Revolutionär, würde es wünschen, daß die Arbeiterpartei die Kraft finden möge, wenn nicht zur Beseitigung, so doch wenigstens zur Schwächung und Verminderung der Klassegegensätze und internationalen Konflikte. Er glaubt jedoch nicht daran, daß dies der Fall sein werde, er ist im Gegenteil überzeugt, daß die Arbeiterregierung diese ausnehmend günstige Situation nicht ausnützen werde, und daß ihr Werk erst wirkliche Revolutionäre vollenden werden.

Laut einer Meldung der offiziellen russischen Telegraphenagentur antwortete Trotski auf die Frage, ob die Sowjetregierung mit der Regierung Macdonald in Sachen der Einberufung einer internationalen Konferenz für Abrüstung und für Revision des Versailler Vertrages zusammengehen würde, die Sowjetregierung werde jede Arbeitgemeinschaft mit der englischen Regierung begrüßen, soweit damit auch nur der bescheidenste Schritt vorwärts auf dem Wege zur Abrüstung und zur Erleichterung des Wirtschaftsverkehrs getan werde. Diese Äußerungen Trotskis stehen in einem erfreulichen Gegensatz zu den fortgesetzten Berurteilungen und Beschimpfungen, denen Macdonald und die übrigen Mitglieder der englischen Arbeiterregierung in der Sowjetpresse dauernd ausgesetzt sind. Sie gehen a. h. soweit die Abrüstungsfrage in Betracht kommt, weinlich über die Antwort hinaus, die die Sowjetregierung dem Generalsekretär des Völkerbundes über den ihr übermittelten Vertragsentwurf über gegenseitige Hilfe bei Lieferfällen zugestellt hat. Nach wie vor macht das russische Volkskommunariat für Außerer von seiner heftigen Abneigung gegen den Völkerbund keinen Hehl. Trotski dagegen scheint auch in dieser Beziehung die heiligen Glaubenssätze der Diktatoren im Kreml erheblich revidieren zu wollen. Als langjähriger Leiter des Militärefforts und eigentlicher Schöpfer der Roten Armee sieht er in höherem Maße als die jetzt am Ruder befindliche Gruppe der kommunistischen Diktatoren die ungeheure Belastung der kaum sich haltenden russischen Staatswirtschaft durch die hohen Rüstungsausgaben. Während das Zentral-Exekutivkomitee noch in diesen Tagen, laut Meldung der „Sowjetka“, die bisherige anderthalbjährige Dienstzeit in der Armee auf zwei Jahre erhöht hat, setzt sich Trotski, wie aus seinem Interview hervor geht, für die Zusammenarbeit mit dem „Sozialverräter“ Macdonald ein, um auf dem Wege der Abrüstung auch nur ein wenig vorwärts zu kommen.

Wie die Dinge vorläufig liegen, ist natürlich nicht anzunehmen, daß der Standpunkt Trotskis in Moskau proflich zur Geltung gelangt. Nach wie vor gilt er in den maßgebenden Regierungskreisen als gefährlichster Gegner, als das eigentliche Haupt der Opposition. Während aber alle mehr oder minder bedeutenden Führer der Opposition in den letzten Monaten durch Strafverurteilung, Verbannung, Kaltstellung usw. unschädlich gemacht worden sind, traut man sich an Trotski nicht so recht heran. Es gelang zwar, ihn für die Dauer von zwei Monaten „zur Erholung“ nach dem Kaukasus zu senden, aber diese Frist läuft nun ab, und es wird deshalb im Kreml nach anderen Mitteln gesucht, um Trotskis Einfluß, der insbesondere in der Armee sehr stark ist, zu verringern. Wie dem Mitteilungsbild der russischen Sozialdemokratie aus Moskau gemeldet wird, bestand dort der Plan, Trotski zum Volkskommissar des Außerer zu ernennen und den jetzt amtierenden Tschichserin als Gesandten nach London zu senden. Trotski soll jedoch dankend abgelehnt haben. Im Hinblick auf den demnächst stattfindenden Parteitag der russischen Kommunisten deutet das auf eine Verschärfung der inneren Reibungen in der Partei hin.

Rüstungsdebatte im Unterhause.

Ablehnung des konservativen Protestes.

London, 26. März. (WIZ.) Das Unterhaus hat einen Antrag des Konservativen Horne, in dem gegen die Entscheidung der Regierung hinsichtlich des Dods in Singapur Protest erhoben wird, mit 287 gegen 211 Stimmen abgelehnt.

Über die vorübergehende Debatte heißt es in einem WIZ-Bericht u. a.: Der Konservative Horne warf die Frage des Marinestützpunktes in Singapur auf. Er verwies auf den Wunsch der australischen und der neuseeländischen Regierung, daß der Plan der Errichtung eines Stützpunktes in Singapur ausgeführt werden möchte. Horne betonte, daß in jedem Jahre in den Meeren bei Singapur eine Milliarde Pfund Sterling Wert an Schiffen und Ladung schwämme. Dies sei ein ausreichender Grund, einen ge-

nügend starken Marinestützpunkt in Singapur zu errichten, um diese ungeheuren und wichtigen Interessen zu beschirmen.

Der Parlamentssekretär der Admiralsität Ammon erwiderte, um diese wertvollen Ladungen zu schützen, sei eine Verstärkung der britischen Kreuzer vorgenommen worden. Die britischen Kriegsschiffe hätten in den vergangenen Jahren den Handel geschützt und würden dies in gleicher Weise in Zukunft tun, ohne daß ein Ausbau der Dods in Singapur stattfinden werde. Die Regierung habe nach Anhörung und Erwägung der Ansichten der Marinefachverständigen beschlossen, den Plan der Errichtung eines Marinestützpunktes aufzugeben.

Ammon sagt weiter: „Der Premierminister hat in einer Rede vor wenigen Tagen dargelegt, daß er große Hoffnungen auf eine internationale Konferenz zur Einschränkung der Rüstungen setzt. Die Errichtung eines Marinestützpunktes in Singapur würde unzweifelhaft die Politik der Zusammenarbeit, die der Premierminister wünscht, beeinträchtigen und unsern guten Willen verdächtigen. Wir würden unvermeidlich zu Juständen des Mißtrauens und des Rüstungswettbewerbes im fernem Osten kommen. Das einzige Land, gegen das der Marinestützpunkt gerichtet sein könnte, ist Japan. Japan leidet noch immer unter den Wirkungen des verhängnisvollen Erdbebens, und es ist nicht wahrscheinlich, daß es sich auf einen neuen Rüstungswettbewerb einlassen wird. Tatsächlich hat Japan jeglichen Beweis für seinen dem Geiste und dem Buchstaben nach auszuführen.“

Der liberale Vertreter Lambert schloß sich den Ausführungen des Regierungserreters an und legte dar, das Washingtoner Abkommen werde erst im Jahre 1930 zu Ende zu gehen. Was für einen Zweck würde es haben, einen Stützpunkt in Singapur zu errichten, solange keine Nation das Abkommen gekündigt habe?

Der Kolonialminister Thomas sagte zum Schluß, die Regierung sei entschlossen, sich ehrlich für die Rüstungseinschränkung einzusetzen. Der Weltfrieden könne nur gesichert werden mit Hilfe Englands und Amerikas. Die Regierung nehme das Risiko auf sich und hoffe, daß sie damit Recht behalte. Sollte sie einen Mißerfolg haben, so werde sie die Verantwortung tragen.

Neuer Vorstoß der Liberalen?

London, 26. März. (WIZ.) Dem parlamentarischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge, wurde auf einer gestern im Unterhaus unter dem Vorsitz Asquiths abgehaltenen Zusammenkunft der Parlamentarier der Liberalen Partei beschlossen, in der morgigen Finanzdebatte u. a. folgende Fragen aufzuwerfen: Die Stellung der Regierung zur Frage einer Sicherheitsgarantie für Frankreich, ferner zu den Verhandlungen der letzten Völkerbundsratssitzung über das Saargebiet und schließlich zur augenblicklichen Lage im Ruhrgebiet und in der Pfalz.

Den Berichterstatter des „Daily Express“ zufolge sind Gerüchte im Umlauf, daß Asquith bald die Führung der liberalen Partei niederlegen werde. Innerhalb der Partei herrsche Angsterregung über die mangelnde Führung der Partei im Unterhaus und darüber, daß gegen Angriffe der Sozialisten in den Wahlkreisen nicht Front gemacht werde.

Masaryk gegen die Völkerverhetzung.

Gute Beziehungen zu Deutschland.

Wien, 26. März. (WIZ.) Das „Neue Wiener Tagblatt“ veröffentlicht eine Unterredung mit Präsident Masaryk. In diesem Gespräch bezeichnete Masaryk den von einem Berliner Blatt veröffentlichten Geheimvertrag der Tschchoslowakei mit Frankreich als plumpe Fälschung, deren innere Unwahrscheinlichkeit für jeden Kenner der Dinge klar zutage liege. Masaryk fuhr fort: Der oberste Geist der Tschchoslowakischen Politik ist und muß die Erhaltung des Friedens sein. Zu diesem Zwecke ist unser Bemühen darauf gerichtet, in den Sogefnissen zwischen Frankreich und Deutschland vermittelnd und verführend zu wirken. Die unerlässliche Voraussetzung einer solchen Politik ist natürlich die Erhaltung guter Beziehungen zwischen beiden Teilen. In der Tat sei es den tschchoslowakischen Staatsmännern schon jetzt gelungen, viele Spigen abzuschleifen, und man dürfe mit Bestimmtheit hoffen, daß diese Beziehungen auch in Zukunft ihren Erfolg zeitigen werden. Daß die Beziehungen zu Deutschland sehr gut seien, das ginge ja auch aus den überaus sympathischen Würdigungen hervor, die dem toeben verstorbenen Gesandten der tschchoslowakischen Republik in Berlin von maßgebenden reichsdeutschen Blättern gewidmet wurden.

Beilegung des russisch-chinesischen Konflikts.

Moskau, 24. März. (WIZ.) Der russisch-chinesische Konflikt wird, wie in politischen Kreisen dem Ost-Express zufolge mit Bestimmtheit erklärt wird, in aller nächster Zeit völlig beigelegt werden. Die chinesische Regierung ist nunmehr bereit, den zwischen ihrem Bevollmächtigten und dem Geschäftsträger des Sowjetbundes, Karachan, abgeschlossenen Vertrag über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu bestätigen. Verhandlungen zwischen Karachan und dem chinesischen Minister des Auswärtigen, Wellington Koo, sind im Gange.

Brotpreisherabsetzung in Frankreich. Das Steigen des Brotpreises wird heute eine Vorbildung des Brotpreises zur Folge haben. Der Präsident wird, wie das „Echo de Paris“ mitteilt, heute durch einen Erlass den Brotpreis auf 1,25 Frank für das Kilo herabsetzen.

Reform im höheren Schulwesen.

Von Erik Karsten.

Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat über diesen Gegenstand soeben eine Denkschrift veröffentlicht. Ihr Verfasser ist, wie man hört, der von Boelck kürzlich berufene Ministerialrat Richter, der frühere volksparteiliche Abgeordnete. Die Bedeutung dieser grundräßig wichtigen Denkschrift reicht weit über das pädagogische Gebiet hinaus. Sie wird gerade im gegenwärtigen Augenblick für uns zu einem Prüfstein, inwieweit die große Koalition in Preußen sich positiv bewährt hat.

Sprechen wir zunächst von der äußeren, der organisatorischen Umstellung, die sie bringt. Mit Recht wird betont, daß das Dogma der allseitigen Bildung, der Allgemeinbildung, das Hauptemmnis für eine organische Ausgestaltung unserer höheren Schule war und ist. Denn mit der riesenhaften Entfaltung des wirtschaftlichen Lebens, mit der Spezialisierung der Wissenschaften im 19. Jahrhundert wuchs das Reich der Kulturwerte ins Ungeheure, und der Schule schien nur die Aufgabe zuzufallen, diese umfassende Welt der objektiven Kultur der Jugend zu vermitteln. So nahm nach und nach jede der verschiedenen Schulformen, das Gymnasium so gut wie das Realgymnasium und die Oberrealschule, immer mehr Stoff in sich auf, jede gleichsam getrieben von dem Wunsch, eine Univerfalschule zu sein, jede Bildungsmöglichkeit zu geben. Das führte dazu, daß jede zu einer Art Börse für allerlei Kulturwerte wurde, aber jeden inneren Bildungssinn, jede geistige Einheit verlor. Es ist aber klar, daß eine einheitliche Zusammenfassung des gesamten Kulturgehaltes in einem Bewußtsein nicht mehr möglich und deshalb erst recht eine inhaltliche Gleichheit der Bildung in allen Individuen durch unsere gegenwärtigen Zustände ausgeschlossen sei.

So fällt also der Reform hauptsächlich die Aufgabe zu, die Schule zu der notwendigen inneren Geschlossenheit und Vertiefung zu führen, ohne der Mannigfaltigkeit der Bildungstoffe den Eintritt zu verwehren. Dazu ist nur der eine Weg möglich, das gesamte Gebiet unserer Bildung in seine historisch und sachlich begründeten Provinzen zu gliedern und jeder Schulform eine bestimmte Bildungsprovinz zuzuweisen. So entspringen nun das Gymnasium, das Realgymnasium, die Oberrealschule und die deutsche Oberschule in folgender Gestalt als innerlich notwendige Schulformen:

Das altsprachliche Gymnasium führt den Schüler unter Ausschließung alles Unwesentlichen zum Erleben der antiken Welt und ihrer Zusammenhänge „mit den großen Gestaltungsepochen des europäischen und des deutschen Geistes“ in Christentum, Mittelalter, Renaissance, Reformation und deutschem Idealismus.

Dem Realgymnasium wird als besonderer Kulturkreis der moderne Europäismus zugewiesen, wie er sich in Kampf und Ausgleich des deutschen Geistes im wesentlichen mit Frankreich und England entwickelt hat. So wird es zum neu sprachlichen Gymnasium, das freilich dem die moderne Welt mitformenden mathematisch-naturwissenschaftlichen Denken einen gewissen Raum einräumen muß, aber das Lateinische in eine „Randstellung“ verweisen kann.

Die Oberrealschule erfährt eine Gewichtsverschiebung nach der Seite der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer, die ihr Wesen ausmachen. Die seit zwei Jahren bestehende deutsche Oberschule sagt schon durch ihren Namen, daß Deutschland, das Verstehen des deutschen Lebens im weitesten Umfang ihre besondere Aufgabe ist, durch die Auswahl und Behandlung der Fächer bestimmt sind.

Der Aufbau ist folgender: Das Gymnasium hat eine besondere (Latein-) Unterstufe; das bisherige Reform-Gymnasium wird nur in Ausnahmefällen erhalten. Damit Schülern, die diese Unterstufe besucht haben, noch der Weg zu dem neu sprachlichen Gymnasium geöffnet bleibt, kann dieses ebenfalls eine Latein-Unterstufe haben, entsprechend dem Realgymnasium alten Stils. Im allgemeinen hat das Realgymnasium den gleichen (Reform-) Unterbau mit der Oberrealschule und der deutschen Oberschule. (Nur eine moderne Fremdsprache bis Untertertia.) Daneben bleibt die Aufbau-schule, die den Schüler nach 7jährigem Besuch der Volksschule in 6 Jahren zur Universitätsreife führt, auch jetzt bestehen.

Entscheidend ist eine Erneuerung, die scheinbar nur äußerlich ist, aber in Wirklichkeit weit in das Gebiet der inneren Schulreform führt: die sogenannte 30-Stunden-Woche. Sie meint, daß die Höchstzahl der Pflichtstunden in der Woche in keiner Klasse 30 übersteigen darf. Von dieser Bestimmung ist nur die Aufbauschule ausgeschlossen. Es ist vielleicht der folgenreichste Gedanke der Denkschrift, daß die daraus entspringende Entlastung der Schüler von erzwungener Selbstbestimmung ihnen die Mühe zu freier Beschäftigung, zur Selbstbestimmung gibt und damit jede mögliche Schädigung ausbebt, die in der Festlegung des Jugendlichen auf ein bestimmtes Kulturgebiet einer bestimmten Schulform liegen könnte. Es bleibt Zeit für freie körperliche, freie künstlerische, freie wissenschaftliche Ausbildung, und die Schule macht nicht mehr den vergeblichen Versuch, alles an sich reißen, jede äußere Anregung erfassen zu wollen.

Die innere Bedeutung der 30-Stunden-Woche geht weiter: Ein Unterricht, der Massen von Stoff einpaukt, wird unmöglich. Der neue Unterricht muß arbeiten lehren, muß den Jugendlichen dazu führen, Probleme zu sehen, Mittel zu ihrer Lösung zu beschaffen, sie in angestrengter Arbeit zu wöl-

ziehen und das, indem er den Schüler nach und nach von der Lehrerhilfe bis zur vollen Selbstständigkeit bringt. Sind schon die unterrichtlichen Folgerungen, die hier gesehen und von der Denkschrift gezogen werden, überaus weittragend — Befreiung von engen Lehrplänen, an deren Stelle bloß Richtlinien treten; Befreiung von allem methodischen Druck, Aufhebung der geistlosen aufgegebenen Hausarbeiten u. dergl. m. —, so ist darüber hinaus die Umstellung der Unterrichtsanstalt mit festgebundenen Lernzielen zur Erziehungsschule vollzogen. Denn selbsttätige Arbeit ist immer die Schule des Willens, der Persönlichkeit; sie ist der einzige Weg, die werdende Persönlichkeit zur Einordnung in die Gemeinschaft zu bringen, ihr die Notwendigkeit der Gemeinschaft anschaulich zu machen. Das spricht die Denkschrift mit aller wünschenswerten Deutlichkeit aus.

Für uns lautet jetzt die Frage: wie weit können wir als Sozialisten diesen Gedankengängen folgen? Wir fordern eine Schulorganisation, die die höhere und die Volksschule als getrennte Schularten aufhebt und die erste zu einer (Ober-) Stufe der einheitlichen Schule macht, also eine gemeinsame 8-jährige Grundschule, auf der sich die mannigfaltig gegliederte Oberstufe aufbaut. Eine Annäherung an diesen Gedanken, etwa in der Anlage der Unterstufe der höheren Schule an das 5.—7. Schuljahr der Volksschule wie im Thüringer Plan, bringt diese Reform nicht, ja sie läßt es infolge der Beibehaltung des grundständigen Gymnasiums nicht einmal zu einem einheitlichen Unterbau für sämtliche höheren Schulen kommen. Es ist doch sehr bedenklich — trotz aller wohlverständlichen inneren Gründe! —, daß hier wieder ehrgeizigen Eltern, die noch immer das Gymnasium für die einzig vornehme Schule halten, die Möglichkeit gegeben wird, ihr 10jähriges Kind auf den meist falschen Weg des Lateinschülers zu schieben. Allerdings kann man sagen, daß die neue Festlegung der Schultypen so glücklich ist, wie das die heute noch gültigen, auf einem Uebereinkommen der Länder beruhenden Abituriatsbestimmungen nur irgend zulassen. Ihre beschränkte Stundenzahl läßt ja auch Sonderbegabungen noch darüber hinaus Raum zu weiterer Spezialisierung.

Die organisatorische Lösung, das muß trotz aller Anerkennung des unzweifelhaften Fortschrittes, den sie bringt, gesagt werden, befriedigt unsere Wünsche nicht. Wohl aber können wir der inneren Reform, die von der Denkschrift vertreten wird, überall zustimmen. Arbeitsunterricht unter Befreiung vom unnötigen Ballast der alten Lehrbücher, Richtlinien, die der Individualität des Lehrers, des Schülers, der einzelnen Schule weiten Spielraum lassen, Freiheit für ernste Versuche, produktive Hausarbeiten — wie oft sind wir für alle diese Ziele eingetreten! Wird all das wirklich durchgeführt, finden sich die Lehrer, denen die neue Freiheit auch Kraft gibt, sie im Sinne der Denkschrift zu nutzen, so machen unsere höheren Schulen einen gewaltigen Schritt vorwärts.

Leider aber — und das ist der anscheitbarste Punkt — ist diese gute Schulreform noch immer keine soziale Schulreform. Sie kann nichts von den Mitteln sagen, die bereitgestellt sind, um allen Kindern des Volkes in gleicher Weise den Zugang zu diesen Schulen zu öffnen. Das aber — ich muß es gerade in der gegenwärtigen Zeit sozialer Not aussprechen — wäre die wichtigste Schulreform, die wir uns denken können.

Sch komme zu meinem Ausgangspunkt zurück. Diese Denkschrift macht weder in ihrer Begründung noch in ihren Ergebnissen sozialistische Schulpolitik, aber sie gibt auch uns vieles, was wir gefordert haben, und sie wäre nicht möglich — ohne die in Preußen bestehende große Koalition, die hier zweifellos einen Aktiosten buchen kann.

Der Dolchstoß durch Schweinemast.

Ein Bekenntnis Wangerheims.

Zu einer Auseinandersetzung mit dem völkischen Freiherrn von Gleichen-Rußwurm erzählt der Vorsitzende des Reichslandbundes, Freiherr von Wangerheim in der „Deutschen

Tageszeitung“ einige Einzelheiten über die Lage bei Kriegsausbruch, die auch für die weitere Öffentlichkeit Interesse haben. Nach dem Geständnis Wangerheims wurde die erste der später von den Agrariern und den Deutschnationalen so verfaßten Kriegsgesellschaften auf seinen Antrag beschlossen, nämlich die „Zentrale für Herzerzeugung“. Diese sollte, wie Wangerheim mitteilt, nach Verständigung mit der Verpflegungsabteilung im Kriegeministerium durch die Landwirtschaftskammern in Zusammenarbeit mit Genossenschaften, Handel und Mühlen die erforderlichen Vorkosten beschaffen. Diese Stelle unter Leitung von Eggelzahn Mehnert, dessen Stellvertreter ich war, hat etwa 1 1/2 Jahre mit einem Kostenaufschlag von 1/2 pro Mille gearbeitet. Sie konnte nicht alles leisten, aber sie hat die Sache gehalten, bis feste Organisationen geschaffen waren.“

Aber Wangerheim gesteht noch mehr. Er versichert aus voller Ueberzeugung:

Der Todesstoß wurde unserer Ernährung schon im Herbst 1914 durch die oben geschilderte Aufzucht unseres Brotgetreides durch unsere Schweinemast verfehlt. Wir haben das Anheil kommen, und ich bin es gewesen, der... den Kaiser auf die Gefahr für unsere Ernährung hinweisen ließ, in der wir uns schon damals befanden. Ich, der verrufene Agrarier, habe damals immer und immer wieder die Konzentration unseres Brotgetreides gefordert, da wir schon im ersten Kriegsjahre durch die falschen Maßnahmen der Regierung vor dem gänzlichen Versagen unserer Brotversorgung standen.

So, das ist alles sehr nett und brav von dem alten Herrn Wangerheim. Aber wer war es denn später, der die lautesten Rufe im Streit gegen die angeblich marxistische „Zwangswirtschaft“ stellte? War es nicht auch der von Wangerheim geführte Reichslandbund, der die „freie Wirtschaft“ für Brotgetreide forderte, bis seinen Wünschen von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit Rechnung getragen war und der Brotpreis für die hungernden Volksmassen unerträglich wurde.

Wir hatten jetzt: Die Schweinemast — betrieben auf den Äckern der Landwirte — verfehlt die Ernährung und damit der deutschen Widerstandskraft schon im Herbst 1914 fast den Todesstoß — Dolchstoß sagte man später —, und die Agrarier führten die später als „marxistisch“ verführten Kriegsgesellschaften ein! Haben diese versagt, so trifft ihre Böier die Schuld an dem Unglück des Landes. Nur deshalb ist ihre „Dolchstoß“-Lüge gegen die Arbeiter begründlich!

Der Vorderrmann von Hugo Preuß.

Die „Zeit“ teilt mit, daß der bisherige demokratische Reichstagsabgeordnete Trieschmann zur Deutschen Volkspartei übergetreten ist. Dazu bemerkt das „B. L.“: Herr Trieschmann, der 1920 an zweiter Stelle für Hessen-Nassau kandidierte, ist diesmal nicht wieder aufgestellt worden und hat daraufhin seiner Partei den Rücken gekehrt. Er ist im Reichstags nie rednerisch oder sonstwie hervorgetreten, und seine parlamentarische Bedeutung erschöpfte sich in der Tatsache, daß er dem hinter ihm auf der Liste Hessen-Nassaus stehenden Hugo Preuß den Eingang in den Reichstag versperrte.

Der Zeigner-Prozess.

Das Urteil der Sachverständigen.

Leipzig, 26. März. (Eigener Drahtbericht) Die Sitzung wird präzis 9 Uhr eröffnet. Der Beginn der Verhandlungen wird verschoben werden, da außer den Gutachten der ärztlichen Sachverständigen und die Vernehmung der Zeugen benachteiligt, die auf Antrag der Verteidiger bereits geladen sind. Der Sachverständige Dr. Schütz gibt darauf sein ausführliches Gutachten ab. Er hat den Angeklagten Dr. Zeigner von den ersten Tagen seiner Einlieferung in das Gefängnis an sehr häufig besucht, sich lange mit ihm unterhalten und den Gerichtsverhandlungen beigewohnt. Er kann aber trotzdem bei der Kompliziertheit der Persönlichkeit des Angeklagten sein Gutachten abgeben, das Anspruch auf Vollständigkeit haben könnte. Er will deshalb nur die Hauptmomente herausgreifen, in großen Umrissen seine Persönlichkeit aufzeigen. In der geistigen Gesundheit ist nicht gezwweifelt worden und kann auch nicht gezwweifelt werden. Er ist aber ein Psychopath.

Diese Psychopathie bedingt eine Reihe von Eigenschaften, die mehr

oder weniger von der Norm abweichen. So ist in erster Linie eine feinere Konstitution des Nervensystems zu beobachten, die eine überaus starke Reaktionsfähigkeit auf die Erregungen der Umwelt zur Folge hat und auf der auch gewisse Stärken und Schwächen seiner Psyche beruhen. Daß Dr. Zeigner stark aufzumachen hat, hat auch die Verhandlung gezeigt. Neben seiner sympathischen Umgangsform, die ihm die Annäherung zu Menschen leicht macht, kommt seine gute Auffassungsgabe und sein starkes Einfühlungsvermögen in Betracht. Diese Vorkenntnisse seiner Persönlichkeit sind aber vielfach überschätzt worden. Seine intellektuellen Gaben kommen u. a. auch in den Ausgaben studienwissenschaftlicher Werke zum Ausdruck. Sein Interesse war jedoch mehr theoretischer Natur und seine phantasiemäßige Einstellung hindert ihn, seine Kenntnisse nutzbringend anzuwenden. Seine dialektischen Fähigkeiten werden sich wohl durch planmäßige Übung in der letzten Zeit herausgebildet haben. Seine lebhafteste Phantasie wird durch geringe Menschenkenntnis noch gesteigert. Die zahlreichen unrichtigen Bemerkungen, die er während der verschiedenen Unterhaltungen mit mir machte, beweisen, daß Dr. Zeigner die Dinge nicht so sieht, wie sie sind, sondern so, wie er sie zu sehen wünscht. Sie hindern ihn auch, die Probleme in ihren Tiefen zu verfolgen. Er vermag seine Kräfte in oberflächlichen Betrachtungen. Auch ist es ihm unangenehm, in den Kern der Sache zu gehen. Eine psychische, oft zu beobachtende Zielgeschäftigkeit bildet eine um so größere Gefahr, weil sie die allzu große Arbeitsfähigkeit, eine Regierbarkeit der Konzentration um so stärker beeinträchtigt. Diese Zielgeschäftigkeit führt dann zu einer allgemeinen Nervosität, die ihrerseits wieder eine Ueberempfindlichkeit gegen äußere Einbrüche, Reizbarkeit, Stimmungswandel, das Gefühl der Verlassenheit, eine Unzufriedenheit mit sich selbst und mit der Umwelt zur Folge hat. Diese Empfindungen werden bei Dr. Zeigner, der schon im allgemeinen mit einer gewissen Regierbarkeit behaftet war, durch eine Furcht vor politischen Anfeindungen und Nachstellungen, die an und für sich auch nicht unbegründet war, noch gesteigert. Seine Einstellung zur Umwelt ist nicht eine verstandesmäßige, sondern eine gefühlsmäßige. Dementsprechend weist er auch einen bedeutenden Mangel an Initiative auf — das war auch der Grund, weshalb er für eine Reihe von Dienststellen in seiner Beamtenlaufbahn als untauglich befunden worden war. Hervorzuheben ist ferner seine Suggestivität und Autosuggestivität. Er unterliegt deshalb leicht den Lockungen seiner Familie und den Ansichten, die ihm vorgetragen werden. Letzteren um so leichter, als er glaubt zu schieben, wird aber in Wirklichkeit geschoben. Seine Handlungen scheinen deshalb oft nicht nur triebhaft, sondern auch unweckmäßig. Diese Eigenschaften müssen ihm in seinem Verhalten mit Möbius verhängnisvoll werden. Die psychologischen Momente genügen nicht, um seine Beziehungen zu lehreren restlos zu erklären. Das amtliche Urteil muß also dahin zusammengefaßt werden, daß Dr. Zeigner bei seinem reichen Wissen und seinem großen Fleiß nicht über Eigenschaften verfügt, die der Mensch besitzen muß, um eine ausgeglichene, und in sich abgeschlossen Persönlichkeit zu sein. Daran war zweifellos seine Entwürdigung im Elternhaus und die Einflüsse seines Familienlebens schuld, über die der Sachverständige doch nicht sprechen kann. Daß aber seine Schwächen die Stärken weit überragen, ist ohne weiteres klar. Wie weit aber alle diese Eigenschaften an den ganzen Ereignissen die Mitschuld tragen, ist schwer zu sagen.

Auf die Frage des Staatsanwalts ergänzt Dr. Schütz sein Gutachten dahin, daß er bei Dr. Zeigner in den ersten Tagen seiner Einlieferung in die Haft nicht die Erscheinung eines leichten Zusammenbruchs wahrgenommen habe, von dem Dr. Graf gesprochen hat, allerdings habe er selbst auch mögliche Selbstmordversuche zu befürchten gehabt. Anlaß dazu gaben Bunte, festwillig aus dem Leben zu scheiden, die ihm von außen gemacht worden sein sollen. Schließlich erklärte der Sachverständige auf eine diesbezügliche Frage des Staatsanwalts, daß Menschen mit lebhafter Phantasie daran zu glauben geneigt sind, was sie sich selbst vorkaufeln, daß aber im speziellen Falle kein Grund vorhanden ist, an der Selbstliebe des Dr. Zeigner zu zweifeln. Damit schließt das Gutachten des Sachverständigen.

Der Kampf um Semer.

Der Reichskanzler stellt Strafantrag.

Wegen der Pressefreiheit der Reichsregierung, Ministerialdirektors Dr. Spieker, sind neuerdings in der Presse ehrenrührige Vorwürfe erhoben worden. Auf seinen Antrag hat sich der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Dienstortgefehrter veranlaßt gesehen, gegen die verantwortlichen Schriftleiter der in Frage kommenden Presseorgane Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen.

Djama-Literatur.

Von Josephus.

Diese Gattung, älter als das Pjama, wird im Intimen Theater Gustav Heppners gepflegt und verdient statt eines Referats eine prinzipielle Auseinandersetzung. Denn es ist ziemlich gleichgültig, ob die jeweils zur Erstaufführung gelangenden Einakter, in denen das Pjama Held, Handlung, Höhepunkt und Peripetie in einem Akt, aus der bewährten Schreibroutine Rudolf Lothars, Melchior Leigness, Louis Bernoulli kommen, oder ob die Dramatisierung des Schachzimmerslebens durch Georges Feydeau und Karl Ganderup, Rudolph Uger und Hans Gohmann erfolgt ist. Nur ein Zusatz fügte es, daß die gestern im Intimen Theater erlaufgeführten Einakter von Annie Neumann-Sofar, von Rudolph Lothar, von Julius Horst sind. Der vierte — in der Spielreihe der erste — war eine „Grosste nach Amerikant“. Der literarische Klang dieses Romans könnte täuschen. In Wirklichkeit ist ein tüchtiger Bearteter in ständiger, sogar eines Postjosefs zu bezweifelnd, daß er mit Rudolph Lothar verwechselt werden könnte. Man macht einfach aus dem nebenstehenden Requisit (den Damenböschchen oder dem Pjama) die dramatische Pointe und gestaltet also einen Unsterblichen zum Interieurdichter.

Deshalb — und auch noch aus anderen Gründen — verdient die Djamaliteratur, zu der auch Zeitschriften wie „Der Junggeselle“, „Berliner Leben“ und so weiter gehören, mindestens dieselbe Berücksichtigung wie die Prosa, das Subjektivismus, die Geschlechtskrankheiten. Die Djamaliteratur ist die schillernde Sämlingsblüte aus dem Garten der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Auf dem benachbarten Beet sprießt die Sapphira. Ich rufe trotzdem nicht nach dem Staatsanwalt, der, inmitten dieses Gartens lustwandeln, ausgerechnet den George Grosz konstatiert, den Sattiriker der Pjamaerzähler; der das Gift freigeibt und das einzig wirksame Gegengift vernichtet. Denn er ist ein bürgerlicher Gärtner, von Pjamaerzählern begabt und nicht berechnigt, seinen Brotgebern das Vergnügen zu stören. Ich will nichts, als die Notwendigkeit dieser Literatur als einer Konsequenz dieser Weltordnung feststellen.

Hinter mir lief eine Dame aus: „Gott! Was hat er für ein prächtiges Pjama!“ Bürgers Stimme — Gottes Stimme! Ich habe nur den einen Vorwurf: daß dieses Nacht, Morgen, und Geschlechtsatmosphäre gar nicht so prächtig war. Daß die literarische Dues anderswo distinguiert, kapriziöser, lächelnder und noch mehr pointiert auftritt. Das Intime Theater möchte intimer werden — und nachter, wenn es wirklich das Pariserium des deutschen Bürgers repräsentieren will. Keine Halbheit in der schmerzlichen Heiligkeit. Keine Rücksicht auf die eventuell noch zu erwartende Moral inmitten der Deutlichkeit. Keine Eindeutigkeit! Auch keine Zweideutigkeit! Alles mehr andershalbdichtig! Die Deladenen möchte eleganter sein und rücksichtsloser. Wenn schon Paris, dann nicht Berlin!

Alles — uns kümmert das weniger. Die Wirkung der Djama-Literatur auf den Arbeitenden, den „Proletarier“, ist nur: Schadenfreude. Wie sehen diese Welt im Spiegel ihrer Satiriker. Wir können mit einem heitern, einem spottenden Auge diese Vorgänge betrachten. Wir sind von Pjama nicht entzückt, also zu keinem Bathos verpflichtet. Objektiv, als uns gegenüber der Staatsanwalt, stehen wir sogar die Berechtigung dieser Literatur. Denn sie wankert sich nicht als das Heil. Vor ihrem Eingang hängt ihr Abzeichen und ihr Votum: die rote Votiere. Sie ist tausendmal sympathischer als Sandermann und die Ritter-Dramaturgie. Genau so, wie uns der grausame Kapitalist lieber ist als der barmherzige.

Was die Aufführung betrifft: die Pjamas stammen aus dem Atelier Hellbrun.

Sackelst der Truppe im Lustspielhaus.

Als Karl Kraus vor 25 Jahren das erste rote Heft der „Sackel“ herausgab, waren die Leute in den Bürgerstuben neuerlicher als die geistig Beschäftigten. Erst allmählich wurde aus dem Wiener Spottvogel eine wirksame Macht der Ironie. Er hat mit einer grausamen Wahrheitsliebe den keinen Blutsaugern und den großen Blutsaugern des Weltkreises zugelegt. Menschen, wie Bernhard Viertel, der Führer der „Truppe“, erblicken in ihm den wichtigsten Enzyklopediker der Philisterprose. Viertel trat gestern vor den Vorhang, um über Karl Kraus zu predigen und zu prophezeien. Ein gelangweilter Zuhörer, dem nicht so heilla ums Herz war wie dem Redner, rief „Schluß“ mitten in die weihenollen Heroldsworte hinein. Aus dieser Unterbrechung eines nährlichen Aoyes leitete der Redner die Gewohnheit ab, daß seiner Werbung für Karl Kraus geschäftliche Bedeutung zukommt.

Geschäftliche Bedeutung kommt dieser aufpeitschenden Persönlichkeit darum zu, weil sie das gesprochene und geschriebene Wort mit ungeheurem Bathos und dann wieder mit auserlesener Zartheit erfaßt. Karl Kraus schrieb für das Theater einige Traumzenen, die ihm zu Ehren auf die Bühne gebracht wurden. Es ist sicherlich nicht zufällig, daß die Poesie des Pamphletisten von der Wirklichkeit weggeht. Der Mann, der als Spötter in die heißesten Lebensdinge hineingreift, ist nicht recht inständig, ohne Anknüpfung zu seiner Kunstfertigkeit zu gelangen. Er muß sich selber trügend spiegeln, er wagt es nicht, unmittelbar zu sagen, wie er sich die Weiterlösung oder auch nur die Weiterentwurf denkt.

„Traumtheater“ und „Traumstück“ — jedesmal ist es die Vision des Dichters. Zuerst das allernobele Gesicht, da der Dichter nicht erröten darf, ob die lästliche Verwandlungskunst der Schauspielerinnen auch zusammenhängt mit einer einzigen, ihm allezeit glühenden Liebe. Im „Traumstück“ wird der Horizont erweitert. Der Dichter sieht Szenen aus dem verdammten Kriege, die Verrohung des Schiebetrums, die Trauer des armen Proletariats, das Eltern und Gendwiffer und keinen eigenen Hunger beklagt. Der Dichter hört geschwind im Verzeitsraume zu, wie die aufbegehrenden Reiter der Psychanalyse sich als ganz kleine Krümer der Wissen-

schaft entpuppen. All dieses Ersehnen, Erfahren und Ersehnen wird aphoristisch durch das Wort angedeutet, poetisch bald, bald sehr billig. Die Sprache ist hochgestellt, feierliche Reime, antike Chorhythmik, klassischer tragischer Vers. Was wird unwillkürlich daran erinnert, daß Bedelind derartiges liebt, wenn er von der Niederst in die höhere Welt hinauswanderte. Diese krauschen Träumereien, eigentlich nicht dramatisch, nur ins Ateiboskop hineingeworfen, oder durch das Wort beifühmt angebeutet, fesseln die Aufmerksamkeit wohl. Ihre Bildlichkeit wird unterstützt durch die nachschlingende Treue des Regisseurs Bernhard Viertel, dessen Verdienst um Karl Kraus nicht hoch genug geschätzt werden darf. Wer etwas tüchtiger schaut, findet gewiß in dem Reffiosium des Wiener Ironikers einige Wafel. Aber es handelt sich an diesem merkwürdigen Abend gar nicht um Kritik, sondern nur um Bewunderung.

Mag Hochdorf.

„Das Wunder der Schatten“ nennt sich eine amüsante epische Täuschung, die gestern im Rahmen der zum zwanzigsten Male aufgeführten Revue „Drunter und drüber“ im Admiralspalast vielen Kopfschmerzen bereitete. Das Publikum wird mit kleinen grün und rot gefärbten Brillengläsern ausgerüstet und sieht auf der Bühne wie hinter einem weißen Vorhang Schatten der Darsteller im Rahmen der Handlung sich bewegen. Rhythmisches beginnend, einer der schönen Mädchen, wie dies in den Revuen so üblich ist, sich auszugeben und die jarten Fräuleinchen von sich zu werfen. Man hat es den Anschein, als ob alle diese Gegenstände auf den Zuschauer zulesen, während in Wirklichkeit das Gegenteil der Fall ist. Ein sehr bedrohlich aussehender Effekt wird erzielt, wenn eine Leiter hinter dem weißen Vorhang nach innen führt, wobei den Zuschauer unter dem Eindruck steht, daß die Leiter ihn in ihrer ganzen Länge erdrückt. Im übrigen bot die 200. Aufführung der Revue den unzerfärbaren Eindruck, daß die Darsteller sich auch heute noch hauptsächlich im Schweiße ihres Angesichts abmühen, ein literarisches sehr anspruchsvolles Publikum in 30 Bildern zu amüsieren. Interessanten sei mitgeteilt, daß die übliche friderizianische Wachtparade und verwandtes Komposit von Militärmusik auch hier nicht fehlt.

Carl-Hauptmann-Briefe. Da geht es, dem Weltmeister Carl Hauptmanns, das demütigt verdrängt werden soll, auch einen Sammelband Briefe herauszugeben, bietet die Witwe des Dichters, ihr Briefe, die sich im Privatbesitz befinden, für kurze Zeit zu überlassen. Briefe von Carl Hauptmann-Briefen werden gebeten, diese einzufahren an Frau Dr. Carl Hauptmann, Berlin, Wilmersdorf, Hohenpolderstraße 198, zu überlassen. Nach Aufnahme und Abklärung der Briefe werden die Briefe sofort zurückgegeben.

Weitere Abnahme der deutschen Sterblichkeitsziffer. Die Gesundheitsverhältnisse der deutschen Bevölkerung waren nach dem Bericht der „Mittelschichten“ im Januar 1924 günstiger als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Geburtenzahl, die schon im Vorjahr niedrig genug stand, ist allerdings noch weiter gesunken, nämlich von 25 981 auf 24 392; aber die Familiensterblichkeit nahm noch beträchtlicher ab und fiel von 24 112 auf 20 832. Während sie noch 1923 13,1 pro 1000 betrug, belief sie sich im Januar 1924 nur noch auf 13 pro 1000. Die Abnahme wird hauptsächlich durch die geringere Säuglingssterblichkeit (2631 gegen 3103), durch die Abnahme der Sterblichkeit an Lungenerkrankungen und Tuberkulose (1943 gegen 2000) und an Tuberkulose (2322 gegen 2000). Die Abnahme ist also hauptsächlich dem Fallen der Grippe im Januar zuzuschreiben.

Fakten.

Der Torortzug steht zur Abfahrt bereit. Schon lösen sich die Zentren, da wird die Tür mit Schwingen aufgerissen und herein springen zwei große Jungen. Rein doch, zwei junge Herren. Der eine tritt mit nachlässiger Eleganz einen in schwarzes Tuch gehüllten Gegenstand, oben spitz unten breit, ins Gepäck. Die beiden jungen Menschen scheinen von einer schweren Krankheit heimgegriffen worden zu sein, denn sie tragen leidene Kappen auf den Köpfen (in ähnlichen Kappen sieht man auf der Kurpromenade von Karlsbad die fremden Israeliten wandeln, jedoch haben diese jungen Leute keine Teufelsgesichter) und der eine hat zwei dicke Beulen im Gesicht, der andere sogar drei, auf der Stirn, auf der einen Wange und am Kinn, und die Beulen sind die verpfändeten. Die bedauernswerten Jünglinge beginnen ein ziemlich laut geführtes Gespräch, aus dem man Worte wie „Bierverschick“, „Kannestiegen“ und ähnliche schon zur Zeit Hermanns des Cheruskers übliche urteutonische Worte vernimmt. Daraus kann man wiederum schließen, daß die jungen Leute weniger an einer schlimmen Krankheit leiden als an den Folgen ihrer gänzlichen Unfähigkeit, einen Degen zu führen. Studenten sind's nämlich, Verbindungsstudenten, die wohl geradezu vom Bauhofen kommen. Alle edlen Teile werden da sorgfältig verpackt, Brust, Bauch, Hals, nur die „Kohlstrübe“, wie der Berliner so hübsch sagt, als der für einen teutschen Verbindungsstudenten unwichtigste Teil des menschlichen Leibes bleibt frei und die hat ihnen der offenbar gewandtere und überlegene Begleiter ganz gehörig verpackt. Ein Student mit Schmissen im Gesicht ist ein schlechter Fechter gewesen, aber merkwürdig genug, diese Heiden sind auf ihre Unfähigkeit stolz. Einen von den beiden ist denn auch unter dem Verband ein Blutströpflein hervorgeföhrt, ist die Wange herabgeschliffen und hat unten einen dicken Knoten gebildet. Natürlich hat der Nachkomme Armins das gemerkt, natürlich hat sein Kumpen das gesehen, aber wohlweislich hat man den verhärteten Blutstropfen an der Wange kleben lassen. Das sieht ja genau so aus wie im Kino oder Theater. Und die Männer, die das sehen, sollen denken: „So sieht unser herrlicher junger Nachwuchs aus, der Deutschland mit seinem Blut wieder aufbauen wird. Und die Frauen und Mädchen, die das sehen, sollen erschaudernd denken: „So jung noch und verspricht schon sein edles Blut im herrlichen Kampf.“

Andem man sich von den Studenten ab und der Zeitungslektüre wieder zuwendet, liest man: Bergungsfeld. 26 Bergleute verschüttet. 12 tot, 14 schwer verletzt. — Fabrikexplosion. Drei Arbeiter in Stücke gerissen, sechs schwer verstimmt. — Rangierertod. Zwischen den Buffern zerquetscht. Und plötzlich verspürt man die Luft, den jungen Leuten, die vermutlich einmal Richter oder Regierungsräte oder Pastoren oder dergleichen werden und sich jetzt wundern wie heidenhaft vorkommen, vor allen Menschen laut ins Gesicht zu schreien: Fohlen!

Eine Gattenmörderin.

Drei Personen unter Mordanklage.

Eine schreckliche Bluttat führte die Häupterin Frieda Schropp, den Händler Gustav Neumann und die Hausangestellte Elise Schmidt, Kheire die Schwester der ersten Angeklagten, heute vor die 5. Strafkammer des Landgerichts II. Die Anklage lautet auf gemeinschaftlichen Mord. Die Angeklagten werden beschuldigt, am 21. Oktober 1923 den Händler Albert Schropp, den Ehemann der Frieda Schropp, gemeinschaftlich ermordet zu haben.

Die Anklage führt in die tiefsten Tiefen der Großstadt. Frau Schropp ist schon in der Jugend auf dem Lande in ein Verbrechen wegen Kindesmordes verwickelt gewesen. Nachdem sie nach Berlin gekommen war, hatte sie den Händler Schropp geheiratet, mit dem sie vorher schon ein Verhältnis hatte. Die Ehe war sehr unglücklich. Mißhandlungen waren an der Tagesordnung. Die Eheleute trennten sich dann und die Ehe wurde geschieden. Frau Schropp ging ein Verhältnis mit Neumann ein, obwohl dieser verheiratet war. Sie nahm, nachdem sie eine Portierstelle im Hause Schropp einnahm, 14 angetragene hatte, ihren früheren Mann wieder bei sich auf. Das Verhältnis war aber nicht besser geworden. Es gab täglich Schlägereien. Frau Schropp zog nachts als weiblicher „Wurstmager“ zum Bälowbogen. Auch Neumann betrieb einen Straßenhandel. Am 21. Oktober, als Schropp noch in seinem Bett lag und schlief, betrat die drei Angeklagten das Zimmer. Mit dem Ruf: „Run los!“ holte Frau Schropp einen Revolver hervor und schoss auf ihren geschiedenen Ehemann. Die Kugel drang tief in den Leib. Nun ergriff Neumann und die Schmidt ein Stuhlbein und einen Beistuhl und schrien auf Schropp ein. Schropp küßte bitterlich, erhielt aber auf der Türschwelle einen zweiten Schuß von seiner Ehefrau. Vom Küchenfenster, von dem aus er laut um Hilfe schrie, wurde der Schwerverletzte zurückgeschleift. Obwohl er flehte, man möge von ihm ablassen, er sei doch schon getroffen und „gleich alle“, gab Frau Schropp noch einen dritten Schuß auf ihn ab. Dann schlugen alle drei, Frau Schropp mit dem Revolver, auf ihn ein. Als ein Nachbar in die Wohnung kam, sah er Frau Schropp auf den am Boden Liegenden knien. Sie hob ihre blutigen Hände hoch und sagte: „Er hat mich überfallen.“ Nun riefen die Nachbarn die Polizei herbei. Schropp schwamm in seinem Blute und gab noch Lebenszeichen von sich. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er nach einigen Tagen starb.

Auf dem Gerichtstisch liegt der zerstückerte Kopf des Getöteten. Die Angeklagte Frieda Schropp ist eine blondhaarige Frau von 29 Jahren mit frischen Gesichtszügen, der Typ eines Mädchens vom Lande. Sie verteidigt sich auch mit großer Energie und stellt ihre Tat als einen Verzweiflungsakt gegen die fortwährenden Mißhandlungen ihres geschiedenen Mannes hin. Die Angeklagte entwarf ein trübes Bild von ihrer Ehe mit dem Getöteten. Schropp habe sie fast täglich geschlagen. Sie habe immer geachtet. Er tat aber nichts, lag tagsüber im Bett und trieb sich nachts herum. Ein Staatsanwaltschaftsrat Reimer versuchte, der Angeklagten vorzuhalten, daß sie als 20-jähriges Mädchen wegen verurteilten Kindesmordes verhaftet worden sei. Die Geschworenen hätten sie zwar freigesprochen, das Gericht habe ihr aber ausdrücklich keine Entschuldigungsvermutungen in Aussicht gestellt. Die Angeklagte protestierte energisch dagegen, daß der Staatsanwalt an ein rechtskräftig ergangenes Schwurgerichtsurteil Vermutungen knüpfte. Der Vorsitzende erklärte daraufhin: „Das Urteil hat mit Freisprechung geendet. Der Fall ist daher hier nicht zu verwerten.“ Die Verhandlung geht weiter.

Die Meuterei im Zoffener Gefängnis.

Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II gelangte die Ausschreibung im Amtsgericht Zoffen in das Gefängnis zu Zoffen zur Verhandlung. Bei diesem Vorfall hatte der Oberwachmeister Oppermann seinen Tod gefunden. Im Gefängnis befanden sich der Wächter Eduard Redenhoff und der Gemann Rudolf Knoche. Knoche sollte am nächsten Tage nach Hamburg übergeführt werden, um in einer schweren Sache verurteilt zu werden. Beide wollten nun dem zuvorkommen und sich die Freiheit verschaffen. Redenhoff hatte schon früher einen Ausbruchversuch gemacht, war aber durch Oberwachmeister Oppermann daran verhindert worden. Als Oppermann am Vormittag in sein Dienstzimmer, schloß sich die beiden Gefangenen in sein Dienstzimmer. Knoche hatte sich schon vorher ein Bett besorgt; der eine sicherte die Tür und der andere versetzte dem abnungsvollen Gefängniswärter einen wichtigen Schlag auf den Schädel, so daß er mit einem lauten Schrei zusammenbrach. Der

Schrei war aber so durchdringend gewesen, daß man im Gefängnis darauf aufmerksam wurde. Die beiden Attentäter vergaßen in der Aufregung, sich des Schlüssels zu bemächtigen, um zu fliehen. Sie wurden alsbald ergriffen. Oppermann hatte lachend gesagt: „Den kleinen einsperren und sicher bewahren.“ Damit konnte er nur Redenhoff gemeint haben. Im Krankenhaus hat er keine Erinnerung an die Tat mehr gehabt und ist bald darauf gestorben. Die Anklage lautet auf Meuterei und Körperverletzung mit Todeserfolg. Die Angeklagten, die durch die K. A. Dr. Hoch und Themat verteidigt werden, bezichtigen sich gegenseitig der Tat. Redenhoff wird dadurch aber besonders belastet, daß er blutige Hände hatte.

Der reiche Onkel.

Aufgefärbte Postdiebstähle im großen.

Hochzeitliche Scheckdiebstähle, die die Berliner Kriminalpolizei seit längerer Zeit beschlagnahmte, fanden jetzt eine überraschende Aufklärung. Aus Hamburg und dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk liefen wiederholt Klagen ein, daß von dort oder über Obergurgenthal abgehandelte Briefe mit Bankchecks verloren gingen. Alle Ermittlungen blieben erfolglos, bis jetzt auf einer Berliner Bank ein 18 Jahre alter Joseph Schuh mit einem solchen Scheck angehalten und festgenommen wurde. Ein zwei Jahre älterer Bruder dieses Jungen, ein Registrar Albert Schuh aus der Regensburger Straße 24, hatte ein Verhältnis mit seiner 23-jährigen Waise Marie Deter, einer Eiskinder, die bei ihm wohnte. Als diese erfuhr, daß ihr Onkel, ein Postbeamter in Obergurgenthal, viel Geld habe, ließ sie ihren Geliebten sehen, und fuhr zum Onkel, der sie dann auch freundschaftlich empfing und bei sich behielt. Er fand so großen Gefallen an der Nichte, daß er der Nachfolger des Vaters wurde, obwohl er verheiratet und Vater von drei Kindern ist. Die junge Sickerin erfuhr bald, woher das Geld des reichen Onkels stammte. Schmidt machte weder ihr noch seiner Frau gegenüber ein Hehl daraus, daß er Briefe untergeschlug und die Bankchecks, die sie enthielten, herausnahm. Als er wieder einmal einen größeren Posten erbeutet hatte, schickte er vorsichtshalber die Nichte mit den Schecks nach Berlin, um sie zu Geld zu machen. Weil sie nun aber mit diesen Dingen nicht recht Bescheid wußte, so wandte sie sich an ihren früheren Geliebten Albert Schuh. Der half ihr denn auch. Das ging eine ganze Zeit so weiter. Schließlich hielt der gute Onkel die Zeit für gekommen, sich von seinen Geschäften zurück und mit der Nichte nach Amerika zu ziehen. Bei den letzten von ihm herausgegebenen Schecks wurde der ganze Schwindel entdeckt. Fräulein Deter und ihr Onkel Schmidt wurden festgenommen.

Polizeistunde 1 Uhr.

Wie wir erfahren, hat der Minister des Innern heute die untergeordneten Polizeibehörden ermächtigt, vom 1. April an die Polizeistunde auf 1 Uhr festzusetzen. Die Direktion der Straßenbahn-G. m. b. H. wird daher sofort eine Ergänzung ihres Fahrplanes vornehmen.

Zur Bürgermeistereiwahl.

Die Vorbereitungen der Bürgermeistereiwahl kommen im Rathaus nicht recht vorwärts. Der aus 25 Mitgliedern bestehende Stadtverordneten-Ausschuss, der die Vorschläge an das Plenum zu machen hat, beschloß, in einer ersten vorbereitenden Sitzung die Einsetzung eines siebenköpfigen Ausschusses aus Vertretern aller Parteien, der die erste Ausschreibung der eingegangenen 38 Bewerbungen vornehmen soll. Dieser Ausschuss sollte heute zusammentreten, seine Zusammenkunft ist aber wieder verschoben, weil alle Parteirepräsentanten schon im Zeichen der Wahlarbeit, beginnender Parteitage usw. stehen.

Personalabbauperordnung und Provinzialschulkollegium.

Nach der Personalabbauperordnung soll auch die Zahl der Mitglieder der Schulaufsichtsbehörden vermindert werden. Wie berechtigt diese Bestimmung ist, beweist das Berliner Provinzialschulkollegium. Bei der Abstellung für Volksschulen war die Vermehrung der Mitglieder durchaus berechtigt, da ihr jetzt auch die Volksschulen der früheren Vororte unterstellt sind, für die früher die Potsdamer Regierung zuständig gewesen war. Ganz anders liegen die Verhältnisse bei der Abstellung für höhere Schulen, die ihren Geschäftsbereich nicht erweitert hat, da sie schon vor dem Kriege für alle höheren Schulen der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg zuständig war. Und doch sind die Mitglieder in den letzten 10 Jahren um 50 Proz. vermehrt worden. Ihr Gehörten jetzt an: 1 Abteilungsdirektor, 12 Oberschulräte, 4 Oberstudienräte, 1 Oberregierungsrat, 5 Regierungsräte, 3 Assessoren; im ganzen also 26 Mitglieder gegen 17 im Jahre 1913. Wie bereits in den Kreisen der Berliner Philologen bekannt ist, werden verabschiedet der Oberregierungsrat Cummertow, der Leiter der Abteilung für die höheren Schulen, ferner der Oberschulrat Prinzhorn, der schon wegen Erreichung der Altersgrenze ausscheiden mußte, und die Oberschulräte Kolbe und Michaels. Ueber die Verabschiedung des Oberschulrats Kolbe ist noch nichts bekannt geworden. Gegen seine Tätigkeit in Berlin hat sogar der Berliner Philologenverein Einspruch erhoben. Als er am 23. November 1922 im Landtag von einem Sozialdemokraten schwer angegriffen worden war, sagte weder der Minister Boelck noch ein anderes Mitglied des Ministeriums ein Wort zu seiner Verteidigung; man ließ ihn also offiziell in Stich.

Rekordflug eines Leichtflugzeugs.

Das vom Regierungsdameister Kleim konstruierte Daimler-Leichtflugzeug 2.15, das mit einem Fahrradmotor ausgerüstet ist, hat jetzt mit Dipl.-Ingenieur Frenk und Dr.-Ing. W. v. Langenform als Besatzung einen Ueberlandflug von Dingelring bei Stuttgart nach Benzheim a. d. Bergstraße ausgeführt. Die 120 Kilometer lange Strecke wurde in 1 1/2 Stunden zurückgelegt. Die Gesamtflugzeit beträgt 2 Stunden 2 Minuten. Bei dem Ueberlandflug wurden die Orte Mühlacker und Heilberg in einer Höhe von 1100 Meter über dem Meere überflogen. Der Flug stellt eine Weltrekordleistung für jedes Flugzeug mit Hilfsmotor dar. Die Flugdauer, Entfernung und Flughöhe sind bisher auch von stärkeren Leichtflugzeugen nicht erreicht worden.

Das erste Mißgeschick der englischen Weltumflieger. Die drei englischen Flieger, die gestern mittag auf einem Flugplatz bei Southampton zum Flug um die Welt aufgestiegen sind, wußten gestern infolge dichten Nebels nur weit von der Haare niedergehen. Ihr Flugzeug wurde nach dem Hafen geschleppt.

Chilenische Sammlung für deutsche Kinder. In der peruanischen Provinz Trujillo sind bisher 254 Pfund Sterling für nollebende deutsche Kinder gesammelt worden, die dem Reichsanwalt zur Verfügung gestellt wurden. Den Veranstaltern der Sammlung und den Gebern ist der wärmste Dank der Reichsregierung übermittelt worden.

Gasexplosion in Karlsbad. In der Nähe des Bades ereignete sich in einem Gaswerk ein schweres Explosionsunglück, wobei zwei Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

83. Ust. Richterfeld Die Mitgliederversammlung findet erst morgen (Donnerstag) statt.
84. Ust. Penfalle. Donnerstagabend 7 Uhr im Schreineramt, Redaktor, 8. Funktionärsversammlung. Einnahme Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaften werden erörtert.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Experimente.

Unter der irreführenden Ueberschrift „Das Ultimatum des A.D.B.-Bezirksrats Halle-Merseburg an die Unternehmer der mitteldeutschen chemischen Werke“ bringt die „Rote Fahne“ in ihrer Nr. 23 vom Mittwoch, den 26. März, die Mitteilung, daß das Bezirksratsrat in Gemeinschaft mit der Bezirksratsratsleitung der Betriebe der chemischen Industrie Mitteldeutschlands an den Arbeitgeberverband ein Ultimatum gerichtet habe. Es folgen dann eine Reihe von Forderungen, bei deren Nichterfüllung scharfe Kampfmaßnahmen in Aussicht gestellt werden.

Zur Steuer der Wahrheit ist festzustellen, daß ein Bezirksratsrat des A.D.B. für Halle-Merseburg nicht mehr besteht. Die drei Personen, die unter Mißbrauch dieses Namens sich den Anschein geben, als handelten sie im Auftrag der dem A.D.B. angeschlossenen Zentralverbände, handeln nur als Beauftragte der kommunistischen Partei und des besonders für solche Zwecke ins Leben gerufenen Verbandes aus den freien Gewerkschaften ausgeschlossener, desorientiert mit dem Namen „Industrieverband Chemie“. Die freien Gewerkschaften haben mit dieser an Selbstmord grenzenden Kampftaktik nichts zu tun.

Der Bundesvorstand des A.D.B.

Verbrecher wollen den J.D.A. spalten.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in ihrer Morgenausgabe vom 26. März unter der Ueberschrift „Verbrecher wollen den J.D.A. spalten“ eine Notiz, die der Beantwortung bedarf. Mit der Ueberschrift kann man durchaus einverstanden sein, denn es ist richtig, daß die Verbrecher die die Erfüllung schonungsgemäßer Verbandsbeschlüsse verweigern, die Spaltung der Organisation betreiben. Diese Leute sind allerdings nicht beim Hauptvorstand des J.D.A. zu suchen, sondern bei der kommunistischen Fraktionsleitung des J.D.A.

Am 24. und 25. Februar hat eine Beiräte-Konferenz folgenden Beschluß gefaßt:

Die Konferenz des Beirates, der Gauleiter und geschäftsführenden Beamten des J.D.A. stellt fest, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale Moskau immer planmäßiger ihre zerstörende Tätigkeit gegen die freien Gewerkschaften vorreibt; sie hat organisatorische Einrichtungen geschaffen in der Absicht, die freien Gewerkschaften ihren politischen Zwecken dienstbar zu machen.

Die Konferenz erklärt daher, daß die Jugendlichkeit, die moralische oder finanzielle Unterstützung solcher Einrichtungen oder anderer Vereinigungen, die die Gewerkschaften zu zerstören drohen, nicht verträglich ist mit der Mitgliedschaft in unserem Verband. Solche Mitglieder stellen sich durch ein derartiges Verhalten außerhalb der Organisation.

Weiter ist, um den Verband gegen die Gefahren gewerkschaftszerstörender Bestrebungen zu schützen, der auf dem Weimarer Verbandstage beschlossene Levers für die Funktionäre derart zu erweitern, daß der Funktionär zu versichern hat, solche Einrichtungen oder Vereinigungen nicht anzugehören und daß er sie und ihre Bestrebungen moralisch oder finanziell nicht unterstützt.

In Ausführung dieses Beschlusses wurden allen Funktionären Reverses vorgelegt, die zur Einhaltung der hier gefaßten Beschlüsse verpflichteten. Von den in der „Roten Fahne“ erwähnten Beamten und ehrenamtlichen Funktionären wurde die Unterzeichnung dieser Reverses abgelehnt, während der größte Teil der J.D.A.-Funktionäre die Unterzeichnung für eine Selbstverständlichkeit hielt.

Von einem Ausschluß der in der „Roten Fahne“ erwähnten acht Personen kann gar keine Rede sein, da sie sich ja nach dem obenabgedruckten Beschluß der Beirätekonferenz selbst außerhalb der Organisation gestellt haben. Es ist ihnen also nur mitgeteilt worden, daß sie durch ihre eigene Handlungsweise aus den Listen der Organisation gestrichen worden sind. Selbstverständlich ist, daß Personen, die die Erfüllung von Verbandsbeschlüssen verweigern, auch nicht mehr beamtete Funktionäre sein können.

Daß die Spaltung auf Anordnung von Moskau im J.D.A. wie in allen anderen deutschen Gewerkschaften vorgenommen werden soll und daß der neue Revers nur der Vorwand dazu ist, geht aus der einfachen Tatsache hervor, daß die R.P.D.-Mitglieder, die sich jetzt gemeldet haben, den Revers zu unterschreiben, bereits früher, zuletzt Ende Januar, folgenden Revers unterschrieben haben:

Ich erkläre hiermit, daß ich für meine gewerkschaftliche Tätigkeit als geschäftsführender Vorsitzender der Ortsgruppe Groß-Berlin die Verbandsanordnungen, die Beschlüsse des Beirates und unserer Verbandstage sowie die Richtlinien des A.D.B. und des A.P.B.-Bundes unbedingt einhalten werde. Ich verpflichte mich insbesondere, die Moskauer Gewerkschaftsinternationale und ihre Leisige, ebenso wie alle anderen die freigewerkschaftliche Bewegung schädigenden Bestrebungen zu bekämpfen. In Wort und Schrift werde ich daher vorbehaltlos mich einlassen für die Grundzüge des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu Amsterdam, den ich als die allein zuständige internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften anerkenne.

Sodern ich gegen diese Erklärung verstoße oder ein Handeln in ihrem Sinne unterlasse, ist damit ein wichtiger Grund zur sofortigen Lösung des Vertragsverhältnisses bzw. zur Enthebung von meinem Amte gegeben.

Der neue Revers ist inhaltlich übereinstimmend mit dem vorstehenden. Er enthält nur die ganz selbstverständliche Zusicherung, daß der Unterzeichnende keine derartigen zerstörenden Bestrebungen angehört noch sie irgendwie unterstützt. Dieser Zusatz versteht sich für jeden ehrlichen Menschen, der erklärt, die Moskauer Gewerkschaftseinrichtungen zu bekämpfen von selbst. Es handelt sich also um keinen neuen Revers.

Reu ist nur der Spaltungsbesehl, den die R.P.D. aus Moskau erhielt. Beim J.D.A. nimmt man den Revers zum Vorwand; in anderen Organisationen wird ein anderer Vorwand herhalten müssen. Die Scholem und Ruth Fischer wünschen sich aber, wenn sie glauben, die Gewerkschaftsmitglieder noch täuschen zu können.

Lohnvereinbarung im Berliner Baugewerbe.

Vom Berliner Bevollmächtigten des Baugewerksbundes wird uns geschrieben:

Bekanntlich hatten die Arbeitgeber den Spruch des Bezirkssohnamtes vom 14. März, der ab 19 bis zum 31. März eine Lohn-erhöhung von 5 Pf. pro Stunde vorsah, abgelehnt. Die Arbeitnehmer hatten diesem Spruch zugestimmt und dessen Verbindlichkeits-erklärung beantragt. Die Verhandlungen fanden am Dienstag vor dem Schlichter Wiffel statt. Es kam folgende Vereinbarung zustande:

Die Löhne werden ab 26. März um 5 Pf. erhöht. Diese Lohnvereinbarung gilt bis zum 31. April 1924 und läuft jeweils um eine Woche weiter, sofern sie nicht mit einwöchentlich Frist gekündigt wird.

Bezugnehmend auf den Artikel der „Bauwelt“ vom 20. März auf den der Vorstand des Zimmerer-Verbandes bei seiner Verzichtserklärung in der heutigen „Roten Fahne“ eingeht, habe ich folgendes zu erklären:

Die Vertreter des Baugewerksbundes, sowie die Mitglieder des genannten Verbandes sind Manns genug, sich selbst zu entscheiden und benötigen keine Hilfestellung anderer Verbände. Die Annahme, daß meine Organisation, die ich zu vertreten habe, durch den Zimmerer-Verband zu dieser Forderung veranlaßt wäre und daß diese Forderung an sich übertrieben sei, weise ich zurück. Ich habe in der Tarifkommission sowie im Bezirkssohnamt als erster Sprecher die Forderung der Arbeitnehmerkraft begründet und zwar nicht etwa, um nur zu läsen, sondern es bestand bei den freien Gewerkschaften völlige Einmütigkeit — unbekanntert der

